

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 247. Montagsdemonstration ganz herzlich.**



247. Montagsdemo, wie immer Irene am Mikro

Der Bundestagswahlkampf ist in der letzten Phase und die Versprechungen nehmen absurde Formen an. Da erklärt Bundeskanzlerin Merkel dass sie gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke sei. Sie spricht "Brückentechnologie die man halt noch so lange brauche, bis der "Energimix" in Deutschland auf erneuerbare Energien umgestellt sei.

Ein im Auftrag des Forschungsministeriums erstelltes und jetzt bekannt gewordenes Gutachten vom Frühjahr 09 von vier Forschungsinstituten bringt die Kanzlerin in Erklärungsnot. Darin heißt es: "Abhängig von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen könnte sich Deutschland aber in der Zukunft wieder an der Entwicklung und dem Bau von neuen Kernkraftwerken beteiligen, um einen erheblichen Teil des Energiebedarfs mit Kernenergie zu decken." Bei der Entwicklung neuer Reaktoren der "vierten Generation" solle sich Deutschland sogar "an vorderster Stelle beteiligen".

Demnach sollen Atomkraftwerke massiv ausgebaut und als Alternative zum umstrittenen Salzstock in Gorleben ein neues "Endlager" gesucht werden."

Wenn jetzt die SPD und die Grünen die vermeintliche "Steilvorlage" aus dem Forschungsministerium zum Anlass nehmen, so zu tun, als ob sie gegen Atomkraftwerke seien, ist das eine unverfrorene Heuchelei. Sie waren es, die mit dem sogenannten "Atomausstieg" in Wirklichkeit die Laufzeit der AKWs auf 30 Jahre festgeschrieben und den Weiterbetrieb durchgesetzt haben.



Die Grünen sind schon lange nicht mehr die Partei der Umweltbewegung, sondern die Partei des Verrats an ihr. Jetzt in der "Opposition" bieder sie sich scheinheilig der Umweltbewegung an - in der Hoffnung auf ein "kurzes Gedächtnis" der Menschen.

Die Atomanlagen müssen sofort still gelegt und die Energieversorgung auf regenerative Energie umgestellt werden und das auf Kosten der Profite.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Zu Opel

16.09.09 - Immer deutlicher wird seit letztem Donnerstag, was die angebliche "Rettung" durch Magna für die Opelaner bedeutet: mindestens 10.500 Arbeitsplätze in Europa sollen vernichtet und das Werk in Antwerpen als erstes geschlossen werden.



Die aktuell erschienene konzernweite Kollegenzeitung "Der Blitz" vom 15. September schreibt dazu:

"Schon am Tag eins nach der neuesten 'Rettung' hat Magna die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze in Deutschland von 3.000 auf 4.500 nach oben korrigiert.

Auf welcher Grundlage sollen wir uns also auf die anderen Zusagen von Magna verlassen, dass es keine Werksschließungen, keine Kündigungen geben soll?

Die übelste Erpressung steht in den nächsten Tagen an: Magna verlangt ultimativ die schriftliche Zusage, dass wir jährlich 270 Millionen 'Einsparungen bei Lohnkosten' bringen sollen.

*Man muss kein Prophet sein, um die Erpresser zu hören: Wenn ihr nicht zustimmt, seid ihr selbst schuld an Werksschließungen... Sowohl GM als auch Magna verfolgen ein und dieselbe Strategie: **Erhalt der profitablen Umwelttechnik, um den Japanern nicht das Feld zu überlassen - und weitgehender Ausstieg aus der Massenfertigung in West- und Mitteleuropa.***

Werksschließungen auch in Deutschland sind beschlossene Sache. Die Pläne von Magna sind grundsätzlich die gleichen wie von GM, auch wenn sie den 'Tod auf Raten' wählen. Diese Pläne müssen ebenso bekämpft, können nicht akzeptiert werden!"

So weit die Auszüge der Kollegenzeitung Blitz

Ein wesentlicher Bestandteil des "Rettungskonzepts" war die Zustimmung der Gewerkschaftsspitze, gegen diese Vorhaben keinen ernsthaften Widerstand auszuüben. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Klaus Franz kannte die Bedingungen von Magna, was er in einem Interview mit dem "Deutschlandfunk" auch teilweise zugab.

Aber plötzlich sieht er die Arbeitsplatzvernichtung „**nicht so dramatisch**", er sei "**kein Sozialromantiker**" und "**man müsse das auch von dem betriebswirtschaftlichen Standpunkt**" aus betrachten. "

Betriebswirtschaftlich" geht es heute im Kapitalismus immer um den Maximalprofit und um den geht es bei der Neustrukturierung der weltweiten Automobilindustrie auf Kosten der Automobilarbeiter in allen Ländern

Wenn jetzt für den 23. September Proteste gegen die Schließung des Werkes in Antwerpen angekündigt werden, ist das genau richtig. Die Belegschaften müssen als die Hauptbetroffenen selbst beraten und entscheiden, wie dieser Protest aussehen muss.

Mit der konzernweiten Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müsste Opel/GM die Krisenlasten selbst tragen und die bedrohten Arbeitsplätze könnten alle erhalten werden.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz